

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg - Ausgabe 07 / 2015

www.spd-nuernberg.de

INTERVIEW

Anja Klier im dsp-Gespräch

Die Geschäftsführerin der SPD-Stadtratsfraktion stellt sich vor.

Seite 7

AUS DEM BUNDESTAG / PARTEILEBEN

Vorratsdatenspeicherung in engen Grenzen kommt

Parteikonvent stimmt Projekt zu –
Unabhängige Überprüfung in drei Jahren

Seite 3

inkl.
4-seitiger Beilage
DEPESCHE
der Stadtrats-
fraktion

Vorwort

Liebe Leserinnen
und Leser,



im Juni hat sich der Bundesrat für die „Ehe für alle“ ausgesprochen und eine vollständige Gleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren gefordert. Ein wegweisender Beschluss, den wir nur unterstützen können. Eine rechtliche Gleichstellung ist gesellschaftlich längst überfällig.

Wenn zwei Menschen füreinander Verantwortung übernehmen wollen, dann sollte das Geschlecht keine Rolle spielen. Es macht aber wenig Sinn, in kleinteiligen Gesetzesänderungen die Rechte von eingetragenen Lebenspartnerschaften zu erweitern. Wir brauchen nun endlich den großen Wurf! Wir würden damit vielen Paaren eine große Chance eröffnen und niemandem etwas wegnehmen.

Die Union braucht sich nicht wundern, dass sie in einer Großstadt nach der anderen verliert, solange sie vor der gesellschaftlichen Realität die Augen verschließt und nicht bereit ist, auch andere Lebensentwürfe und Formen des Zusammenlebens zu akzeptieren.

Lenkt die Union nicht ein, wird wohl (wieder einmal) ein Gericht mit seinem Urteilsspruch für die Gleichstellung sorgen und nicht das Parlament. Das wäre ein politisches Armutszeugnis.

Euer

Thorsten Brehm

Maly: „Froh und stolz!“

Akademie Nürnberger Prinzipien eröffnet



Fotos: Internationale Akademie Nürnberger Prinzipien



VON TIM KOSS

■ Am 6. Juni 2015 war es soweit: Die „Akademie Nürnberger Prinzipien“ öffnete ihre Türen. In seiner Ansprache erinnerte OB Maly an Nürnbergs historische Verbindung mit dem Völkerrecht durch die im Saal 600 abgehaltenen Nürnberger Prozesse.

„Nürnberg muss den Anstoß für neue Regeln liefern, mit denen das Völker-

recht effektiv umgesetzt und überwacht werden kann“, forderte Außenminister Steinmeier in Anbetracht der weltweiten Krisenlage. Forschungsarbeiten, Bildungsprojekte und Seminare für Juristen, Studenten, Diplomaten und Journalisten sollen hierbei neue Denkanstöße liefern. Unter den Ehrengästen waren unter anderem Gabriela Heinrich, Angelika Weikert, Arif Tasdelen und Bundesbauminister a. D. Oscar Schneider. ■

Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten

Erinnerung an Friedrich Ebert: Fahrt nach Heidelberg

VON REINER WAGNER

Jährlich führt die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten Franken eine Gedenkfahrt zu einer Gedenkstätte oder einem Gedenkort durch, um an Sozialdemokraten zu erinnern, die während des Nationalsozialismus misshandelt oder auch ermordet wurden. 2015 wollten wir nach Buchenwald fahren. Der Großteil der Gedenkstätte ist aber 2015 wegen Überarbeitung geschlossen, sodass wir diesen Besuch für 2016 planen.

Unser Ziel war am 2. Juni 2015 Heidelberg, um uns an den sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert zu erinnern. Sein Geburtshaus in der Altstadt ist zu einem vom Bund gestalteten kleinem Museum ausgebaut worden. In ihm wird nicht nur der beeindruckende Lebenslauf dieses aus einfachsten Verhältnissen stammenden Mannes gedacht, der es vom Sattlerlehrlingen zum Reichspräsidenten gebracht hatte, sondern auch ausführlich das Milieu und die Not der Arbeiter im Ausgang des 19. Jahrhunderts dargestellt.

Friedrich Ebert wurde 1900 der erste Arbeitersekretär in Bremen, wofür er

sich vorher in Nürnberg, das das erste Arbeitersekretariat in Deutschland hatte, informierte. 1905 wird er in den SPD-



Bildergalerie im Museum

Reichsvorstand in Berlin gewählt und 1912 in den Reichstag. 1913 wird er nach dem Tod von August Bebel einer der beiden SPD-Vorsitzenden.

Die SPD stimmt im August 1914 nach Ausbruch des 1. Weltkrieges den Kriegs-

krediten zu, die Mehrheit unter Eberts Führung auch weiteren Krediten. Er kann die Spaltung der SPD 1917 nicht verhindern, da er für eine demokratische parlamentarische Verfassung nach Kriegsende unaufhörlich kämpft und keinerlei Diktatur akzeptiert. Die Friedensbemühungen der SPD schlugen jedoch ebenso fehl, wie die Hoffnungen, bei den großen Streiks im Januar 1918 zwischen protestierender Arbeiterschaft und Regierung vermitteln zu können. Der Eintritt in die Streikleitung macht ihn für die Linken zum „Arbeiterverräter“ und für die Rechten zum „Landesverräter“.

Am 9. November 1918 verkündet der letzte Reichskanzler des Kaisers dessen Abdankung und übergibt Ebert sein Amt. Er berief als provisorische Regierung den Rat der sechs Volksbeauftragten, sein Hauptanliegen war im Dezember 1918 die Wahl zur Nationalversammlung, die am 19.01.1919 erfolgte und eine neue Verfassung erließ. Sie wählte ihn auch am 11. Februar zum 1. Reichspräsidenten. Dies alles wird sehr anschaulich im Museum dargestellt.

Seine Präsidentschaft bis zu seinem Tod am 28. Februar 1925 war ständig gekennzeichnet mit seinem Kampf für die parlamentarische Demokratie durch Mehrheitsentscheidung des gesamten Volkes und durch die Schmähungen der konservativen Rechten und der anti-demokratischen Linken.

Theodor Heuss sagte über ihn, er sei der „Abraham Lincoln der deutschen Geschichte“ und Richard von Weizsäcker meinte „Ebert war ein Demokrat in einer weitgehend undemokratischen Zeit“. 37 Teilnehmer waren von Friedrich Ebert beeindruckt und fuhren nach dem gemeinsamen Mittagessen in einer historischen Altstadtgaststätte und nach einem Blick vom Schloss auf Heidelberg durch das Neckar- und Jagsttal wieder heim. ■

FRAKTION VOR ORT

einladung*
DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

www.spdfraktion.de

*Was tun gegen Homophobie?

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Aktionsplan, Gleichstellung und LGBT-Menschenrechte weltweit

am Donnerstag, den 16. Juli von 20.00 bis 22.00 Uhr

im eckstein – Tagungszentrum (Saal, 1. Stock), Burgstr. 1-3, 90403 Nürnberg

DISKUTIEREN SIE U. A. MIT

- **Gabriela Heinrich**, MdB, Bundestagsabgeordnete für Nürnberg-Nord
- **Dr. Karl-Heinz Brunner**, MdB, Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages

Wir laden Sie zu dieser öffentlichen Veranstaltung herzlich ein und freuen uns auf Ihre Teilnahme.

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Vorratsdatenspeicherung in engen Grenzen kommt

Parteikonvent stimmt umstrittenem Projekt zu

VON NASSER AHMED

Am 20. Juni 2015 fand der Bundesparteikonvent im Berliner Willy-Brandt-Haus statt. Für die NürnbergSPD war ich als Delegierter vor Ort. Nach langer Diskussion stimmte ich, entsprechend der Position der NürnbergSPD, gegen die Vorratsdatenspeicherung (VDS).



Thomas Imo / Photothek

Doch mit 116 Ja- zu 87 Nein-Stimmen wurde der Gesetzentwurf der Bundesregierung durch den Konvent gebilligt.

Die SPD setzt somit eines der im Koalitionsvertrag verankerten Unions-Themen mit um. Die Mehrheit der Delegierten folgten der Einschätzung unseres Justizministers Heiko Maas, dass der Gesetzentwurf, im Gegensatz zur VDS, die zwischen 2007 und 2010 galt, verfassungskonform sei. Das Bundesverfassungsgericht hatte dieses Gesetz seinerzeit wegen Verfassungswidrigkeit kassiert und dem Gesetzgeber klare Kriterien für ein neues Gesetz gegeben.

Diese Grenzen sind nun eingehalten. Konnten manche Daten zwischen 2007 und 2010 bis zu zwei Jahre gespeichert werden, so sind Daten nach dem jetzigen Entwurf – gestaffelt nach Datensensibilität – zwischen vier und zehn Wochen speicherbar. Zudem werden deutlich weniger Daten gespeichert: E-Mails sind beispielsweise von der Datenspeicherung völlig ausgenommen. Die Daten werden ausschließlich bei den Telekommunikationsunterneh-

men gespeichert, die sich an klare Datenschutzrichtlinien halten müssen.

Die Voraussetzungen für den Abruf der Daten durch Ermittlungsbehörden und Geheimdienste sind zudem deutlich strenger geworden. Es sind nur noch schwere und schwerste Straftaten im Katalog, aufgrund derer ein Richter die Verwendung gespeicherter Daten anordnen darf. Eine Eilkompetenz der Staatsanwaltschaft gibt es hierbei nicht mehr. Nur ein Gericht darf den Zugriff der Ermittlungsbehörden anordnen. Jeder Betroffene muss über den Zugriff auf seine Daten informiert werden. Daten

von Berufsheimnisträgern (wie bspw. Anwälte oder Seelsorger) dürfen nicht verwendet werden; Zufallsfunde dürfen unter keinen Umständen in Ermittlungen und Prozessen eingesetzt werden.

Damit erfüllt diese VDS die Kriterien des Bundesverfassungsgerichts und bleibt hinter dem Beschluss des Bundesparteitags von 2011 zurück, welcher sogar eine Datenspeicherung von höchstens sechs Monaten erlaubte.

Die Gegner der VDS auf dem Parteikonvent, vor allem die Parteilinke und

die Jusos, lobten Heiko Maas für seinen Verhandlungserfolg gegen die Union. So konnte er einen verfassungskonformen und Gesetzentwurf vorlegen und die roten Linien des Parteitagsbeschlusses von 2011 einhalten. Doch hätte sich seit 2011 auch vieles getan. Die Affäre um Edward Snowden zeigte, wie rechtsstaatliche Instrumente von Geheimdiensten und Ermittlungsbehörden ausgedehnt und zur Gefahr für den Rechtsstaat werden können. Zudem hat der Europäische Gerichtshof die EU-VDS-Richtlinie zwischenzeitlich gekippt. Der Parteitagsbeschluss hatte als Grundlage, dass die BRD aufgrund dieser Richtlinie ein Gesetz vorlegen musste.

Zudem sei jede Form der anlasslosen Datenspeicherung, egal ob nun zwei Jahre oder zehn Wochen, ein zu tiefer Einschnitt in die informationelle Selbstbestimmtheit und die Privatsphäre von Menschen, die in der überwiegenden Mehrheit keine schwere Straftat begangen haben.

Wir Kritiker konnten die VDS auf dem Parteikonvent nicht verhindern. Jedoch konnten wir durchsetzen, dass nach drei Jahren eine unabhängige Stelle das Gesetz in seiner Praxis evaluieren muss. Eine Fortsetzung der VDS hängt dann von den Ergebnissen und einer Generaldebatte in der SPD und im Deutschen Bundestag ab. ■

Terminankündigung



BAYERN
LANDTAGS
FRAKTION

POLITISCHES SONNTAGS FRÜHSTÜCK

30. August 2015 10:30 - 12:00 Uhr



Zu Gast bei Angelika Weikert: Christian Flisek
Obmann der SPD-Fraktion im NSA-Untersuchungsausschuss
des Deutschen Bundestages
Gutmann am Dutzendteich - Bayernstr. 150 - 90478 Nürnberg

Iftar „unter Freunden“

SPD begeht Fastenbrechen in Nürnberg

VON ARIF TASDELEN

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Helga Schmitt-Bussinger und der integrationspolitische Sprecher Arif Tasdelen begrüßten 120 Gäste zum interkulturellen und interkonfessionellen Austausch.

Unter dem Motto der Begegnung, des Dialogs und eines guten Miteinanders lud die SPD Landtagsfraktion am 20.06.2015 in Nürnberg zum Iftar-Essen „unter Freunden“ ein.

Nach der Begrüßung der 120 Gäste nutzte der integrationspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Arif Tasdelen, die Gelegenheit, den Entwurf des bayerischen Integrationsgesetzes vorzustellen, das für viele der Anwesenden von großer Bedeutung ist. Er betonte, dass es an der Zeit sei, klare Ziele zu formulieren und Strukturen zu schaffen, damit Integration gelingt.

Einleitende Worte gab es auch von der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Helga Schmitt-Bussinger, die daran erinnerte, dass die Gemeinsamkeiten zwischen den Religionen größer sind als die Unterschiede.

Viele Flüchtlinge aus arabischen bzw. islamischen Staaten begehen in diesem Jahr den Ramadan erst-



Arif Tasdelen bei der Begrüßung der Gäste

Um Punkt 21:32 war der lang ersehnte Moment des Fastenbrechens da und die Tische wurden mit allerlei Leckereien gedeckt. Nach knapp 18 Stunden Hungern und Dürsten beendete der Theologe Mümin Sener mit einem Gebet das Fasten. Traditionell wird das Fasten mit einer Dattel oder einem Glas Wasser gebrochen. Danach erfreuten sich die Gäste an einem reichhaltigen, vielseitigen Menü bei angeregten Gesprächen.



Helga Schmitt-Bussinger spricht zu den 120 Gästen



Mümin Sener beim Gebet

mals in Nürnberg. Daher lud Arif Tasdelen am Weltflüchtlingstag auch die Menschen ein, die infolge von Flucht von ihren Familien und Freunden getrennt sind. Die Flüchtlinge aus Boxdorf freuten sich sehr über die Einladung und den gemeinsamen Austausch.

Die Veranstaltung bot die Gelegenheit, mit verschiedenen Religionen in Kontakt zu kommen. Menschen, die vorher kaum Kontakt zu Muslimen hatten, nutzten nun die Möglichkeit, gemeinsam die Tradition des Fastenbrechens mitzerleben. Alles in allem ein geselliger Abend in familiärer Atmosphäre. ■

Chancen der Einwanderung nutzen!

Parteiausschuss beschließt Resolution zum Einwanderungsgesetz

VON ANDREAS MITTELMEIER UND TH. BREHM

■ Auch wenn für uns als SPD keinerlei Zweifel bestehen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist: bei Vielen hat sich diese Erkenntnis erst in den letzten Jahren durchgesetzt, manche leugnen sie heute noch. Im Rahmen eines parteiöffentlichen Parteiausschusses mit dem Titel „Chancen der Einwanderung nutzen – Was kann ein Einwanderungsgesetz leisten?“ hat sich die SPD Nürnberg der zukünftigen Gestaltung der Einwanderungspolitik gewidmet.

Angelika Weikert verdeutlichte in ihrem Impulsreferat die Notwendigkeit von Zuwanderung. Vor dem Hintergrund unserer demografischen Entwicklung ist unsere Gesellschaft neben

Mit einer einstimmig verabschiedeten Resolution hat sich der Parteiausschuss der Nürnberger SPD in den Diskussionsprozess eingebracht und ein klares Zeichen pro Einwanderung gesetzt. Das Oppermann-Papier, das Angelika Weikert in ihrem Vortrag zusammengefasst hat, diente hierzu als Grundlage.

Einwanderung für Arbeit und Ausbildung vereinfachen!

Wir wollen Einwanderung so steuern, dass sie hilft, Wohlstand und Arbeit in Deutschland zu sichern und zu erhalten. Die SPD Nürnberg unterstützt deshalb die Bemühungen, noch in dieser Legislaturperiode ein neues Einwanderungsgesetz zu verabschieden, welches die Möglichkeiten zur Einwanderung bzw. Ausbildungs- oder Arbeitsaufnahme regelt. 2005 hat die rot-grüne Bundesregierung mit dem Zuwanderungsgesetz dem Umstand Rechnung getragen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Zudem wurde die Förderung der Integration erstmals

als gesetzliche Aufgabe des Bundes verankert. Unter sozialdemokratischer Führung wurde damit ein grundlegender Kurswechsel in der vorher für lange Jahre von Abwehr geprägten deutschen Zuwanderungspolitik vorgenommen. Die aktuelle Herausforderung besteht darin, diesen Ansatz weiterzuentwickeln und zukunftsfest zu gestalten. Die bestehenden Regelungen zur (Arbeits-) Migration, Familiennachzug und Integrationsmaßnahmen sind zwar umfassend, leider aber auch unübersichtlich. Es gibt viele Aufenthaltstitel in verschiedenen Gesetzen, die in einem Gesetz verständlich gebündelt werden sollen. Der schnelleren Anerkennung ausländischer Studien- und Berufsabschlüsse kommt eine große Bedeutung zu. Besonders wichtig ist, dass ausländische Jugendliche, die in Deutschland eine Ausbildung beginnen, sie auch beenden können und im Anschluss an die Ausbildung noch mindestens drei Jahre einen gesicherten Aufenthalt haben. Damit senden wir das Signal an potenzielle Einwanderer: „Wir haben ein liberales Einwanderungsrecht, wir wollen euch hier haben!“

Neben den bisherigen Möglichkeiten zur Migration in die Bundesrepublik soll der Zugang zum Arbeitsmarkt durch ein Punktesystem, wie es in Kanada seit langem angewandt wird, ergänzt werden. Deutschland kann hier von den guten, gleichzeitig aber auch den schlechten Erfahrungen anderer Einwanderungsländer lernen und seinen eigenen Weg im Hinblick auf seine globale und soziale Verantwortung finden.

Humanitäre Verantwortung wahrnehmen!

Humanitäre Grundsätze dürfen bei der Diskussion um Zuwanderung nach Deutschland nicht vernachlässigt werden. Vor diesem Hintergrund muss die Integration und der Arbeitsmarktzugang für Asylbewerber und Flüchtlinge erleichtert werden. Dazu gehören Sprach- und Integrationskurse, sowie der Zugang von Kindern in Schule und Kitas. Die Kommunen, die ganz wesentlich die Integrationsmaßnahmen vor Ort tragen, brauchen dabei eine ausreichend finanzielle Unterstützung, betonte Stadträtin Diana Liberova. Die gesellschaftliche Debatte um die Notwendigkeit und die Gestaltung der Zuwanderung wird noch richtig an Fahrt aufnehmen. Neben der politischen Ausgestaltung der Einwanderungsregeln müssen wir als Sozialdemokraten uns auch der Verantwortung stellen, für eine weltoffene und tolerante gesellschaftliche Haltung gegenüber Einwanderern zu werben. ■



Quelle: F. Strauch

der Zuwanderung aus EU-Staaten verstärkt auf Zuwanderer aus Drittstaaten angewiesen. Nach aktuellen Prognosen droht ohne Zuwanderung bis 2050 ein Abstürzen des Erwerbspersonenpotenzials um ein Drittel. Die Folgen für Wirtschaft, Sozialsysteme und das gesellschaftliche Leben wären dramatisch.

Wenn es einen Fortschritt in der Einwanderungspolitik geben soll, dann sind wir als SPD in der Verantwortung, diesen zu gestalten. Thomas Oppermann hat daher ein erstes Positionspapier vorgelegt, auf dessen Basis verschiedene Arbeitsgruppen innerhalb der Bundestagsfraktion konkrete Vorschläge erarbeiten.

als gesetzliche Aufgabe des Bundes verankert. Unter sozialdemokratischer Führung wurde damit ein grundlegender Kurswechsel in der vorher für lange Jahre von Abwehr geprägten deutschen Zuwanderungspolitik vorgenommen. Die aktuelle Herausforderung besteht darin, diesen Ansatz weiterzuentwickeln und zukunftsfest zu gestalten. Die bestehenden Regelungen zur (Arbeits-) Migration, Familiennachzug und Integrationsmaßnahmen sind zwar umfassend, leider aber auch unübersichtlich. Es gibt viele Aufenthaltstitel in verschiedenen Gesetzen, die in einem Gesetz verständlich gebündelt werden sollen. Der schnelleren Anerkennung ausländischer Studien-

SPD Gostenhof fordert Busanbindung der Erler-Klinik

Probetrieb im Zuge der Umbaumaßnahmen an der Hallertorbrücke

VON MANUEL TOMÉ AMENEDO

„Wenn Bus, dann gut“, unter diesem Motto macht der SPD-Ortsverein Gostenhof auf eine langjährige Forderung aufmerksam: Die Erschließung des Bereichs Kontumazgarten/Deutschherrnstraße durch eine direkte Busverbindung. In der Vergangenheit gab es bereits Gespräche mit der VAG, die bisher jedoch zu keinem befriedigenden Ergebnis führten. Es ist ein wirklich zähes Ringen, doch wir hoffen, dass der Umbau der Hallertorbrücke eine neue Gelegenheit bietet, in dieser Sache voranzukommen, beispielsweise durch einen Probetrieb.

Um dem Ansinnen weiter Kraft zu verleihen, wurden zum Stadtteilstfest Flyer mit der Forderung der Änderung der Linienführung verteilt. Bei unserem letzten Treffen mit der VAG haben wir über 1.000 Unterschriften, die die Forderung des Ortsvereins stützen, an die VAG übergeben, die wir innerhalb von gut vier Wochen sammeln konnten. Dies

zeigt das hohe Interesse an dieser Anbindung. Am Infostand des Ortsvereins beim Stadtteilstfest Gostenhof konnten sich Interessierte näher informieren.

Die Gostenhofer SPD hat sich nochmals intensiv mit dem Thema und



dem bereits 2012 eingebrachten Antrag im Stadtrat befasst und eine verbesserte Linienführung erarbeitet. Neben der Wohnbevölkerung selbst wären so wichtige Einrichtungen wie die Erler-Klinik, die Wilhelm-Löhe-

Schule und das Deutschherrnkarree sowie das Wohnstift Hallerwiese der Diakonie direkte Anrainer einer Busverbindung. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Bus-Schleife die beste Lösung wäre.

Konkret geht es darum, dass lediglich die Fahrtroute vom Plärler zum Friedrich-Ebert-Platz geändert wird. So soll der 34er vom Plärler über Spittlertorgraben-Kontumazgarten-Deutschherrnstraße fahren, um an der Brückenstraße auf die alte Linienführung weiter zum Friedrich-Ebert-Platz zu treffen. Die Vorteile aus Sicht des Ortsvereins: Beibehaltung der direkten U-Bahn-Anbindung für Fahrgäste aus Johannis (U-Bahnhof Gostenhof), keine Fahrzeitverlängerung durch Umstellung der Linienführung, Vermeidung von Parallelverkehr zur U-Bahn-Linie U1 auf der Strecke Plärler-U-Bahn-Haltestelle Gostenhof, direkte Erschließung des Bereichs Kontumazgarten/Deutschherrnstraße. Die VAG bestätigte die aus unserer Sicht formulierten Vorteile. ■

„Überall, nur nicht hier“

Filmabend anlässlich des 20. Jahrestags des Massakers von Srebrenica

In Kooperation mit dem Nürnberger Filmfestival der Menschenrechte und dem Amt für internationale Beziehungen zeigt die Karl-Bröger-Gesellschaft den Film „Überall, nur nicht hier“, der in ruhigen Bildern drei Geschichten aus einem Ort mit einer grausamen Vergangenheit zeigt, die noch immer gegenwärtig ist. „Überall, nur nicht hier“ ist

ein Film über Srebrenica, 15 Jahre nach dem Krieg, über den Kampf um Anerkennung, Selbstverwirklichung und Macht in einem Land, das wie kein zweites in Europa im Spannungsfeld zwischen Politik, Religion und ethnischen Konflikten steht. Die Regisseurin Tamara Milosevic wird mit dem Publikum im Anschluss an die Vorführung diskutieren. Der Eintritt ist kostenfrei. ■



**am Mittwoch, 15. Juli 2015 um 18 Uhr (Einlass ab 17:30 Uhr)
im Filmhauskino Nürnberg, Königstr. 93**

**Anschließend Diskussion mit der Regisseurin Tamara Milosevic
Grußwort: Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly**

Anja Klier im dsp-Gespräch

Neue Geschäftsführerin der SPD-Stadtratsfraktion

■ *Du bist seit wenigen Monaten Geschäftsführerin der SPD-Fraktion im Nürnberger Stadtrat. Wie war der Start?*

Die ersten Eindrücke waren bislang sehr positiv. Man sieht, dass hier über die letzten Jahre viel aufgebaut wurde und es gibt ein wunderbares Team mit viel Erfahrung, welches mich super unterstützt. Auch die Zusammenarbeit mit dem Fraktionsvorstand und den Stadträtinnen und Stadträten läuft gut. Politisch war die ers-



Anja Klier, Geschäftsführerin der SPD-Stadtratsfraktion

te Zeit mit der Debatte um die Reform des VAG-Tarifsystems spannend, mit einem, wie ich meine, insgesamt guten Ergebnis.

Viele Genossinnen und Genossen kennen dich noch nicht so gut. Stellst du dich bitte kurz vor?

Ich bin in einem sozialdemokratisch geprägten Elternhaus in einem Dorf in der Oberpfalz aufgewachsen. Meine Eltern waren politisch engagiert, so dass ich die Kommunalpolitik von Kindesbeinen an miterlebt habe. Ich habe dann Politik in Erlangen und Schweden studiert und dabei schon praktische Erfahrungen in den Parlamenten in Berlin und Brüssel, aber auch beim Sozialreferat der Stadt Nürnberg sammeln dürfen. Nach dem Studium habe ich dreieinhalb Jahre beim DGB Mittelfranken in Nürnberg als Regionssekretärin gearbeitet.

Wie bist du zur SPD gekommen und warum?

Ich habe mich mit 16 entschieden, in die SPD einzutreten. Den einen speziellen Auslöser gab es nicht, ich wollte mich politisch enga-

gieren und habe mich am meisten mit den Positionen und Themen der SPD identifiziert. Wichtig war für mich auch immer der Umgang mit der NS-Zeit. Otto Wels und seine Ablehnung der Ermächtigungsgesetze bleiben für mich ein Vorbild für aufrechte Politik.

Welche Themen liegen dir besonders am Herzen?

Das Thema Langzeitarbeitslosigkeit anzugehen halte ich für sehr wichtig, zumal Nürnberg davon im bayerischen Vergleich stark betroffen ist. Die Menschen brauchen eine echte Perspektive und mehr Teilhabe. Auf kommunaler Ebene gibt es dazu ja bereits einige positive Beispiele, wie unser Nürnberger Projekt Tandem. Insgesamt sollten wir weg von der weit grassierenden Projekteritis in diesem Bereich, hin zu einer langfristigeren und nachhaltigeren Politik.

Welche Ideen und neuen Ansätze willst du in die Arbeit der Fraktion einbringen?

Ich glaube, dass die Fraktion insgesamt auf einen guten Weg ist. Wir müssen uns fragen, wie man die Menschen wieder mehr für Politik interessieren kann. Die schlechte Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlen kann man nicht übergehen, hier gilt es Fragen zu stellen. Wenn wir einen Teil der Menschen über klassische Partizipationswege nicht erreichen, muss die Politik auch einmal direkt zu ihnen kommen. Das tun wir unter anderem mit der Stadtrat-Tour, die unter meinem Vorgänger entstanden ist. In den Dialog zu treten, zu fragen, was sich die Menschen für ihre Stadt wünschen und zu erklären, was Kommunalpolitik leisten kann und was nicht, ist sicherlich ein wichtiger Teil. Auch ein Mehr an politischer Bildung in sämtlichen Schularten ist wichtig. Ich fände es gut, wenn z. B. auch mehr Berufsschüler oder Schüler der Sprachintegrations- und Übergangsklassen zu uns ins Rathaus kommen und dort Kommunalpolitik in der Praxis sehen würden. Allerdings müsste sich dann auch etwas in der Verwaltung ändern. Vorlagen und Diskussionen, die mit Abkürzungen und Fachausdrücken gepflastert sind, können nur bei Wenigen ein Interesse für die Politik wecken. ■

Termine

04.07.2015 - 14:00 Uhr
SPD Gebersdorf/Großreuth:
Teilnahme am 27. Gebersdorfer Stadtteilstoffest

am Bürgertreff Gebersdorf, Neumühlweg 2; Museum im Koffer: Papierwerkstatt - Papierherstellung wie im Mittelalter und Airbrush-Tattoos

06.07.2015 - 19:30 Uhr
Rote Runde Hasenbuck
Gasthof Süd,
Ingolstädter Straße 51

07.07.2015 - 19:00 Uhr
SPD Wöhrd: Aktiventreff
FUSI

07.07.2015 - 19:30 Uhr
SPD Ziegelstein:
Ortsvereinssitzung
Gaststätte TUSPO, Neben-
zimmer, Herrnhüttestr. 75

07.07.2015 - 19:30 Uhr
SPD Laufamholz:
Mitgliedertreffen
SVL Sportheim,
Schupfer Str. 81

07.07.2015 - 19:30 Uhr
SPD Siedlungen Süd:
Jahreshauptversammlung

07.07.2015 - 19:30 Uhr
SPD Reichelsdorf-Mühlhof:
Mitgliederversammlung
Sportgaststätte
SV Reichelsdorf

07.07.2015 - 19:30 Uhr
Stadtteilversammlung
Langwasser - Berichte aus
den Parlamenten

Termine

07.07.2015 - 20:00 Uhr
 SPD Großgründlach:
 Mitgliederversammlung
 SFG-Sportheim
 Würzburger Straße 61

11.07.2015 - 14:00 Uhr
 SPD Langwasser:
 Stand auf Sommerfest
 Gemeinschaftshaus
 Langwassers

11.07.2015 - 15:00 Uhr
 SPD Reichelsdorf-Mühlhof:
 Sommerfest 2015

14.07.2015 - 19:30 Uhr
 SPD Gostenhof:
 Ortsvereinstreff
 Nachbarschaftshaus Gos-
 tenhof, Adam-Klein-Str. 6

14.07.2015 - 19:30 Uhr
 SPD Johannis:
 Aktiventreffen Juli
 im Athos, Johannisstr. 118

14.07.2015 - 19:30 Uhr
 SPD Nordostbahnhof:
 Ortsvereinstreffen
 SIGENA, Plauenerstr. 7

14.07.2015 - 19:30 Uhr
 SPD Fischbach:
 Mitgliedertreff
 Gaststätte TSV Altenfurt,
 Wohlaer Str. 16

14.07.2015 - 19:30 Uhr
 SPD Eibach-Röthenbach-
 Maiach: Ortsvereinsitzung
 Kulturladen, Röthenbacher
 Hauptstr. 74

Bund fördert Einbruchschutz

VON MARTIN BURKERT

■ Sowohl Mieter als auch Hausbesitzer sehen sich durch eine wachsende Zahl von Einbrüchen gefährdet. So war im Jahr 2014 laut polizeilicher Kriminalstatistik ein Anstieg der Wohnungseinbruchdiebstähle um 1,8 % auf bundesweit 152.123 Fälle zu verzeichnen. Das SPD-geführte Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit steuert nun mit einem Förderprogramm zum Einbruchschutz dagegen.

Die Sicherheit in den eigenen vier Wänden ist für jeden Menschen von enormer Bedeutung. Um Wohnungen und Häuser sicherer zu machen, ist ein Bündel von Maßnahmen erforderlich, das verschiedene präventive und repressive Ansätze umfasst. Neben der



Foto: Henning Schacht

polizeilichen Präsenz auf den Straßen und der Aufwertung einzelner Stadtquartiere ist einer der Schlüssel zur effektiven Bekämpfung der Einbrüche die Ausstattung mit der entsprechenden Sicherheitstechnik. 40 % der Einbrecher lassen bereits im Versuchsstadium von ihrer Tat ab, wenn sie auf gesicherte Fenster oder Türen stoßen.

Bei den Beratungen zum Nachtragshaushalt 2015 wurde dieser Tatsache durch den Beschluss des Förderprogramms „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“ Rechnung getragen. Das neue Programm wird die bereits bestehenden Programme ergänzen und in den Jahren 2015 bis 2017 zunächst mit insgesamt 30 Millionen EUR

ausgestattet. Der Vorteil gegenüber den bereits bestehenden Förderprogrammen liegt darin, dass man nun förderungsberechtigt ist, ohne gleichzeitig in Energieeffizienz oder Barrierefreiheit investieren zu müssen.

Dem Einsatz der SPD-Bundestagsfraktion ist es zu verdanken, dass der Förderanteil relativ hoch und die Mindestinvestitionssumme relativ niedrig festgelegt wurden, sodass auch Mieterinnen und Mieter von diesem Programm profitieren können.

Das Förderprogramm im Überblick:

■ Wer Interesse an einer Förderung hat, wendet sich zunächst an seine Hausbank, die in der Regel die Abwicklung der Kredite mit der KfW übernimmt. Nähere Informationen sind unter www.kfw.de zu finden.

■ Gefördert werden soll der Einbau einer Alarmanlage oder der Einbau sicherer Türen und Fenster.

■ Antragsberechtigt sind Mieterinnen und Mieter mit der Zustimmung des Eigentümers oder die Eigentümer selbst.

■ Voraussetzung ist eine Mindestinvestitionssumme von 500 EUR und die Vorlage von zwei Angeboten oder einem Angebot einer zertifizierten Fachfirma.

■ Die Förderung erfolgt nach Eingang der Anträge und beträgt 20 % der Investitionsausgaben, jedoch maximal 1.500 EUR pro Antrag.

■ Die Förderung kann zusätzlich zur steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerksleistungen in Anspruch genommen werden.

Ein Einbruch in die eigenen vier Wände wird oftmals als massiver Eingriff in die Privatsphäre empfunden und führt in einigen Fällen sogar zu einem Wohnungswechsel. Es wäre daher sehr erfreulich, wenn das Förderangebot von Mietern und Hausbesitzern genutzt wird und die Zahl der Einbrüche damit langfristig gesenkt werden kann.

Bestattungsrecht dringend reformieren!

VON ARIF TASDELEN

■ Diejenigen unter Ihnen, die mich persönlich kennen, wissen, dass ich ein ausgesprochen lebensfroher Mensch bin. Manchmal ist es jedoch angebracht, sich mit Fragen über Sterben und Tod auseinander zu setzen. Sterben und Tod – in diesen Momenten kommen Menschen ihrem Glau-



ben oft ganz nah. Auch wer sonntags nicht immer in die Kirche geht, legt – wenn christlich geprägt – doch fast immer Wert darauf, seine Verstorbenen nach christlichem Brauch zu bestatten. Weil es die Verstorbenen so wünschten, oder einfach, weil in schweren Zeiten des Todes, Rituale und Bräuche Kraft und Halt geben.

Einen geliebten Angehörigen, Eltern, Gatten, Geschwister oder gar Kinder zu verlieren, ist für die meisten Menschen schrecklich. Doch in Zeiten der Trauer zu erkennen, dass der Verstorbene nicht in der Nähe beerdigt werden kann, sondern in einem anderen Bundesland oder bisweilen sogar in einem anderen Land beerdigt werden muss, wenn der muslimische oder jüdische Brauch eingehalten werden soll, ist geradezu unvorstellbar. Und trotzdem ist Bayern eines von drei Bundesländern, in denen genau dieses Recht der Bestattung nach religiösem Brauch, Juden und Muslimen, immer noch verboten ist. Diese unhaltbare Situation mit ungeheurer

Tragweite für die Betroffenen muss dringend geändert werden.

Bereits seit Beginn meiner Amtszeit fordere ich die Abschaffung der Sargpflicht und anderer, längst in zahlreichen Expertenanhörungen deutschlandweit als überholt festgestellten Einschränkungen im Bestattungsrecht. Nun gibt es endlich einen Vor-

stoß auf diesem Gebiet: Der Innenausschuss des Bayerischen Landtags hat sich am 17.06.2015 im Rahmen einer Expertenanhörung mit der Modernisierung des Bestattungsrechts befasst.

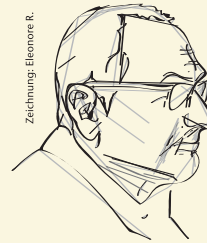
Längst besteht deutschlandweit in Expertengruppen ein klarer Konsens dazu, dass es keinerlei Gegenargumente gegen die dringend nötige Reform des Bestattungsgesetzes, inklusive der Aufhebung der Sargpflicht, gibt. Ich hoffe, dass wir das Bestattungsrecht in den nächsten Monaten im Bayerischen Landtag ändern werden. Dann können beispielsweise Muslime ihre Angehörigen auch in Bayern nach muslimischem Brauch beerdigen und müssen sie nicht neben der Cargo-Fracht in ihre erste Heimat schicken.

Die Reform des Bestattungsrechtes ist ein zentraler Punkt in unserem Integrations- und Partizipationsgesetz, das ich im Februar diesen Jahres in den Landtag eingebracht habe. ■

Die Kolumne

VON PETER SCHMITT

An dieser Stelle soll wieder einmal dem Format nachgegangen werden: Nürnberg, deine Rätsel. Es stellten sich zuletzt einfach zu viele Fragen. Zum Beispiel, warum holt sich ein offenkundig kuschelbedürftiger junger Mann – oder Frau, so genau weiß man das in dem Fall nicht – weshalb also klaut ein Transsexueller ausgerechnet ein neugeborenes Lämmchen als Bettgenossen aus dem Nürnberger Tiergarten? Die Antwort kennt wohl nur der Wind.



Zeichnung: Eleonore R.

Während das Schäfflein längst zurück bei Mama ist, werden wir die zehn buchstäblich von der Bildfläche verschwundenen Präriehunde voraussichtlich erst in einigen Jahrzehnten wieder zu Gesicht bekommen. Wenn sie sich erfolgreich vom Schmausenbuck nach Australien durchgewühlt haben. Die Winterpenner haben im Frühling schlicht die falsche Richtung eingeschlagen.

Das letzte Geheimnis dreht sich um die Supergehälter der obersten Strom- und Wasserzähler der Stadt. Erhellendes liefert der Finanzreferent. Wer gut arbeitet, soll auch gut verdienen, meinte Kämmerer, wenn es sein muss eine halbe Million. Gut gebrüllt Genosse Riedel. Ja, ihr restlichen 9.999 städtische Bedienstete, strengt euch gefälligst mehr an, dann werdet ihr auch mal richtig reich. Wir zitieren ausnahmsweise den alten Oberinspektor Stefan Derrick: „Harry, hol’ schon mal den Wagen!“

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg
 Verantwortlich: Rüdiger Löster
 Redaktion: Thorsten Brehm, Tim Koss,
 Andreas Mittelmeier, dsp@spd-nuernberg.de
 Redaktionsanschrift:
 der springende punkt, Karl-Bröger-Str. 9,
 90459 Nürnberg, Tel.: 0911 - 4389651
 Der „springende Punkt“ ist die werbefreie
 Zeitung der SPD Nürnberg
 und erscheint jeweils am An-
 fang eines Kalendermonats.
 Auflage: 5.500 Exemplare



Termine

15.07.2015 - 18:30 Uhr

SPD Steinbühl:
Ortsvereinstreffen
Bräustüberl zum Schrödl
Wirt, Endterstr. 13

15.07.2015 - 19:30 Uhr

SPD Hummelstein:
Mitgliederversammlung
Perspektiven für die Süd-
stadt - Referent: Bürger-
meister Christian Vogel,
Gasthaus Galvani, Galvani-
straße 10

17.07.2015 - 17:00 Uhr

**Mieterbüro der
SPD Nürnberg: Sprechtag**
Kompetente Erstbera-
tung ohne Kosten: Brigitte
Reuter und Rechtsanwalt
Winfried Berg stehen den
Ratsuchenden zur Seite.
Die Anlaufstelle für Bürger
bildet keine Konkurrenz zu
den Mieterschutzvereinen,
denn das Mieterbüro bie-
tet lediglich eine Erstbera-
tung. Wenn Sie Probleme
als Mieter haben, wenden
Sie sich an uns: Terminver-
einbarung notwendig, Tel:
438960. (Telefonberatung
kann nicht stattfinden.)

17.07.2015 - 18:00 Uhr

SPD Rangierbahnhof:
Sommerfest
Genossenschaftssaalbau,
Matthäus-Herrmann-Platz 2

18.07.2015 - 14:00 Uhr

**SPD Eibach-Röthenbach-
Maiach: Stadtteilstfest**
Röthenbacher Hauptstr. 74

Kontumazgarten 2.0

SPD-Ortsvereine positionieren sich zur Neugestaltung

VON KATHARINA WAGNER

■ Die Großstadt. Hier scheint es, als ob je-
der gestresst ist. Menschen rennen aufgeregt
von einem Termin zum nächsten. Doch auch
inmitten des hektischen Alltags einer Groß-



Neben der Treppe zur Hallertorbrücke erfolgt der
Durchstich zur Altstadt

stadt gibt es Orte der Ruhe und Entspannung.
Einer dieser Orte ist der Kontumazgarten,
dessen Wurzeln bis ins Mittelalter zurück-
reichen. Zu dieser Zeit wurde der Garten als
„Quarantänestation“ für ankommende Rei-
sende und Waren vor den Toren der Stadt ge-
nutzt. Heute bietet er Kindern, Jugendlichen,
vom Alltag gestressten Erwachsenen
und Seniorinnen und Senioren einen
Ort der Ruhe und Entspannung mit-
ten in der Großstadt.

Ab August 2015 findet nun eine punk-
tuelle Umgestaltung des Parks statt,
zu der im Vorfeld die Meinungen der
Bürgerinnen und Bürger eingeholt
werden. „Die Bürgerbeteiligung hat
bei dem Projekt hohe Priorität“, sind
sich die Mitglieder aus den drei angrenzen-
den Ortsvereinen Gostenhof, Altstadt und
Johannis einig. Daher trafen sich zahlreiche
Genossinnen und Genossen am 9. Juni 2015
zu einer Ortsbegehung und kamen mit den
Parkbesuchern ins Gespräch. Ziel war es,
gemeinsam darüber zu diskutieren, welche In-
halte ein gemeinsames Papier enthalten soll,
das mittlerweile in den Bürgerbeteiligungs-
prozess eingereicht wurde.

Tiefe Eingriffe in das Gesamtbild des Parks
finden dabei nicht statt. „Es geht hierbei
vielmehr um kleine, detaillierte Verände-
rungen, wie zum Beispiel der Gestaltung

von Sitzmöglichkeiten direkt am Wasser“,
erklärte Stadträtin Christine Kayser. Weiter
wurde darüber gesprochen, den Spielplatz zu
einem Mehrgenerationen-Bewegungs-Park
umzugestalten. Das bedeutet, dass nicht
nur Kleinkinder dort Platz zum Spielen und
Jugendliche einen zum „Abhängen“
finden sollen, sondern auch Rentne-
rInnen des Wohnstifts und Patienten
des nahe gelegenen Krankenhauses.
Als Vorbild dazu dient der Spielplatz
im Archivpark in der Nähe des Fried-
rich-Ebert-Platzes.

„Ein paar wenige Bäume sollten viel-
leicht auch entfernt werden“, sagte
ein Genosse, „um den wunderschönen
Blick zur Hallerwiese und auf
den Fluss nicht zu verlieren“. Damit

sind dann künftig die Hallerwiese und der
Kontumazgarten nicht länger als getrennte
Grünflächen, sondern vielmehr als Ergän-
zung zum großen Ganzen zu sehen.

Die wohl größte Veränderung wird der
Durchstich der Mauer zur Altstadt. „Bisher



war es nur möglich, den Park über die Prater-
straße oder über eine Treppenanlage von der
Hallertorbrücke oberhalb des Parks zu errei-
chen. Nun soll ein Weg errichtet werden,
der es den Besuchern ermöglicht, zur Altstadt zu
gelangen ohne den Verkehrsweg benutzen
zu müssen“, so Kayser. Dies ist ungefährlicher
und hat außerdem den Vorteil das „tote
Eck“, in der Nähe des Kettenstegs wiederzu-
beleben.

Weitere Informationen unter
[http://www.nuernberg.de/internet/soer/
kontumazgarten.html](http://www.nuernberg.de/internet/soer/kontumazgarten.html) ■

Die Jusos bei Rock im Park – 3 Tage wach!

VON MARC RÜCKER

Am 5. Juni 2015 war es wieder einmal soweit: Der Luitpoldhain wurde zum Campingplatz umfunktioniert, die Leute tanzten auf dem Norisring und überall gute Laune, wohin man auch blickte. Genau, Rock im Park 2015 war wieder in der Stadt! Namhafte Bands wie Die Toten Hosen, die Foo Fighters oder Deichkind fanden ihren Weg zum Nürnberger Zeppelinfeld und wir Jusos waren wieder einmal mittendrin.

Schon seit ca. 15 Jahren sind wir Jusos nun mit einem themenaktuellen Infostand auf einem der größten Musikfestivals Deutsch-



lands vertreten. Unsere diesjährige „Juso-Festung“ stand vollkommen unter dem Motto „REFUGEEES WELCOME“ und somit taten wir es einer unserer Lieblingsbands Deichkind nach, die stets für ihre gesellschaftskritischen Texte bekannt ist und kurz vor Rock im Park durch eine medienwirksame Spendenaktion für Flüchtlinge auf diese Thematik aufmerksam machte.

Auch wir wollten ein Zeichen für Flüchtlinge setzen und kamen wieder mit vielen jungen Leuten ins Gespräch, denen wir über die prekäre Situation von Asylsuchenden in Deutschland und ganz Europa berichten konnten. Auch bei Temperaturen um den Siedepunkt waren wir Jusos uns natürlich auch dieses Jahr wieder nicht zu schade, Diskussionen mit politisch Anders-

denkenden einzugehen und unsere Prinzipien in die Welt der Hard Rocker und Heavy Metaller hinauszutragen.

Bereichert wurde unser Infostand auch durch einige SPD-Stadträte, die uns tatkräftig unterstützten und einmal in einem ganz anderen Rahmen mit ihrer Wählerschaft in Kontakt treten konnten. Unser Stand boomte und mit unseren solidarischen Nachbarn – der Organisation „Kein Bock auf Nazis“ und dem Jugendamt-Mobil – waren wir in bester Gesellschaft.

Ein bisschen traurig waren wir ja schon, als wir am Sonntagabend Pavillon und

Biertische wieder in den SPD-Bus packen mussten und nicht wie letztes Jahr einen 4. Festivaltag genießen konnten. Dennoch freuen wir uns, dass unsere Aktion wieder ein Riesenerfolg war und wir mit vielen jungen Leuten über die aktuellen gesellschaftlichen Probleme sprechen konnten. Auch sollte das diesjährige Rock-im-Park-Festival wieder eine Belohnung für unsere Genossinnen und Genossen sein, die sich in den letzten Monate durch harte politische Arbeit stark um unsere Organisation verdient gemacht hatten.

Wir wollen uns hiermit auch noch einmal ausdrücklich bei unseren fleißigen Helferlein bedanken, die vor keiner auch noch so kontroversen Diskussion zurückschreckten, tapfer SPD-Bärchentattoos auf Oberarm, Bauch oder Brust der Festivalbesucher anbrachten und der kochenden Hitze getrotzt haben. Ihr und eure Freunde habt unseren Stand erst zu dem „Wohlfühlort“ gemacht, wie wir ihn uns gewünscht hatten! Vielen Dank und bis zum nächsten Jahr, wenn es wieder heißt: Jusos rocken!

■

Termine

18.07.2015 - 17:00 Uhr

SPD Rangierbahnhof:
Sommerfest
Genossenschaftssaalbau,
Matthäus-Herrmann- Platz 2

19.07.2015 - 14:00 Uhr

SPD Rangierbahnhof:
Sommerfest
Genossenschaftssaalbau,
Matthäus-Herrmann- Platz 2

20.07.2015 - 16:00 Uhr

SPD Stadt-Rat-Tour
in Langwasser

20.07.2015 - 19:00 Uhr

SPD Lichtenhof:
Ortsvereinsitzung

22.07.2015 - 19:30 Uhr

SPD Rangierbahnhof:
Aktivensitzung
Sportgaststätte ESV Rangierbahnhof, Friedrich-List-Weg 10

24.07.2015 - 17:00 Uhr

SPD Johannis:
Sommergrillen 2015
mit dem OV Gostenhof, bei der Theodor-Heuss-Brücke (Wiesengrund), Grillgut bitte selbst mitbringen

26.07.2015 - 10:00 Uhr

SPD Fischbach:
Stand mit Bücherverkauf für AWO KITA auf dem Altenfurter Boulevard, Löwenberger Str. bis 17 Uhr


 INFOPOST
Ein Service der Deutschen Post

ALLEMAGNE Port payé

Termine

27.07.2015 - 18:00 Uhr
AsF Sitzung
Südstadtforum,
Siebenkeesstr. 4

28.07.2015 - 17:00 Uhr
**Mieterbüro der
SPD Nürnberg: Sprechtag**
Kompetente Erstbera-
tung ohne Kosten: Bri-
gitte Reuter und Rechts-
anwalt Winfried Berg
stehen den Ratsuchenden
zur Seite. Die Anlaufstel-
le für Bürger bildet keine
Konkurrenz zu den Mie-
terschutzvereinen, denn
das Mieterbüro bietet led-
iglich eine Erstberatung.
Wenn Sie Probleme als
Mieter haben, wenden Sie
sich an uns: Terminverein-
barung notwendig, Tel:
438960. (Telefonberatung
kann nicht stattfinden.)

30.07.2015 - 17:00 Uhr
**AfA SPD Nürnberg:
Sitzung**
mit Gabriela Heinrich
(MdB), SPD Sitzungszim-
mer, Karl-Bröger-Str. 9

30.07.2015 - 19:00 Uhr
**SPD Gartenstadt:
Aktivensitzung**
Gaststätte Gesellschafts-
haus Gartenstadt, Buchen-
schlag 1

31.07.2015 - 18:00 Uhr
AsF Sommerfest
Hummelsteiner Park

Mit den vier mittelfränkischen MdBs nach Berlin



■ Es sind noch Plätze frei – die vier mittelfränkischen Bundestagsabgeordneten Martin Burkert, Gabriela Heinrich, Martina Stamm-Fibich und Carsten Träger werben für die erste Selbstzahlerfahrt nach Berlin vom 27. bis 30. August 2015

Die zusätzlichen Fahrten sind notwendig geworden, weil es für Berlin-Fahrten auf Einladung des Bundespresseamtes inzwischen deutlich mehr Interessenten und Anmeldungen gibt als zur Verfügung stehende Plätze. Vorbereitet und durchgeführt wird die Fahrt vom Berliner Unternehmen „Dienstwerker“. Die Eckdaten der geplanten Reise

Mit dem Bus geht es von den Haltestellen Nürnberg – Fürth – Erlangen nach Berlin. Das Programm bietet eine gelungene Mischung aus Kultur, Politik und Freizeit. Unter anderem sind ein Besuch der Schlossanlage von

Sanssouci in Potsdam, eine Fahrt nach Hohenschönhausen, eine Stadtrundfahrt, der Besuch des Kanzleramtes sowie das Treffen mit einem der mittelfränkischen MdBs im Bundestag mit Rundgang gepant. Es bleibt auch ausreichend Zeit, um Berlin auf eigene Faust zu erkunden.

Im Preis von 275 EUR (im Doppelzimmer, Einzelzimmer 87 EUR Aufschlag) sind neben der An- und Abreise, drei Übernachtungen inklusive Frühstück, ein Mittagessen sowie die Eintrittsgelder für die Programmveranstaltungen enthalten.

Bei Interesse und/oder Fragen wenden Sie sich bitte an Frau Kerstin Pommereit im Wahlkreisbüro von Gabriela Heinrich. Kontakt: 0911-4389631 oder gabriela.heinrich.mao3@bundestag.de ■

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg. Nächstes Erscheinen: Anfang August 2015!